



Katrin Werner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Katrin Werner, MdB, Paulinstraße 1-3, 54292 Trier

Trier, den 24.11.2014
Bezug: Demonstration Remagen

Katrin Werner, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Raum: 3.031
Telefon: +49 30 227-74337
Fax: +49 30 227-76337
Email_Berlin:
katrin.werner@bundestag.de

Wahlkreis_Büro:
Paulinstraße 1-3
54292 Trier
Telefon: +49 651 1459225
Fax: +49 651 1459227
WK_Email:
katrin.werner@wk.bundestag.de

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer,

sehr geehrter Herr Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur
Roger Lewentz,

sehr geehrter Herr Minister der Justiz und für Verbraucherschutz
Prof. Dr. Gerhard Robbers,

am vorgestrigen Samstag habe ich, wie schon im vergangenen Jahr, an der Demonstration „NS Verherrlichung stoppen – Nazis in Remagen entgegnetreten“ teilgenommen. Mit Erschrecken habe ich die Aggressivität der Einsatzkräfte gegenüber friedlichen, vor allem jungen, Demonstrierenden der Gegendemonstration zum gleichzeitig stattfindenden Nazi-Aufmarsch beobachtet und wurde auch persönlich von einem nicht gekennzeichneten bayrischen Polizisten mit einem Schlagstock bedroht.

Besonders hat mich die unangekündigte Stürmung der Gegenkundgebung an der Fachhochschule Remagen verwundert und in Schrecken versetzt. Da ich an dieser Kundgebung teilgenommen habe, schildere ich Ihnen gerne meine Eindrücke: Die rund 500 Gegendemonstrierenden machten in Richtung der Nazi-Kundgebung ihrem Unmut verbal Ausdruck und verhielten sich meiner Einschätzung nach stets friedlich. Zu einem Zeitpunkt, als die Nazi-Kundgebung schon fast gänzlich an der Gegenkundgebung vorbeigelaufen war, griff die Polizei die Gegenkundgebung an. Dies geschah ohne Vorwarnung oder jegliche Aufforderung an die Demonstrierenden. Die Polizei sprang über die „Hamburger Gitter“ die die zwei Gruppen voneinander trennten und begann unverzüglich mit Schlagstöcken auf die Demonstrierenden einzuschlagen. Vereinzelt wurde auch „Pfefferspray“ eingesetzt. Besonders gefährlich wurde der Angriff der Einsatzkräfte zwischen der Bühne der Gegenkundgebung und



den „Hamburger Gittern“, da dort für die Demonstrierenden keine schnelle Möglichkeit bestand, die Kundgebung zu verlassen und sich vor den Schlagstöcken der Einsatzkräfte zu schützen. Auffallend war, dass es sich bei den eskalierenden Einsatzkräften hauptsächlich um bayrische Polizist_innen handelte.

Von einem weiteren brutalen Zwischenfall wurde mir von meinem Mitarbeiter berichtet. So habe die Polizei nach einem Blockadeversuch die Demonstrierenden in eine enge Fußgängergasse getrieben, in der sie auf zwei beim Rückzug gestürzte, höchstens sechszehnjährige Jugendliche mit Schlagstöcken einprügelte. Auch hierbei soll es sich um bayrische Beamte gehandelt haben. Ungeachtet der Rechtmäßigkeit dieses Blockadeversuches gehe ich davon aus, dass für Bestrafungen noch immer die Judikative und nicht die Exekutive verantwortlich ist.

Weitere Vorfälle von Polizeigewalt wurden an mich herangetragen. Da ich jedoch nicht in der Lage bin, diese Situationen zu beurteilen, werde ich nicht näher darauf eingehen.

Im Anbetracht dieser Vorgänge sehe ich mich dazu gezwungen, Sie zu bitten mir folgende Fragen ausführlich zu beantworten:

1) Allgemeine Fakten zu den Demonstrationen am 22. November in Remagen

Wie viele rechtsextreme Demonstrierende nahmen an der Kundgebung teil?

Wie viele Teilnehmende hatte die Gegendemonstration?
Gab es Festnahmen bei der Gegendemonstration? Falls ja: Um wie viele handelt es sich? Wie alt waren die Festgenommenen? Was wurde ihnen vorgeworfen?

Von wie vielen Gegendemonstrierenden wurden Personalien aufgenommen?

Laufen derzeit Ermittlungen gegen Demonstrierende? Falls ja: Wie lauten die Vorwürfe gegen diese?

Wie viele Verletzte bei der Demonstration sind Ihnen bekannt? Wie schlüsseln sich diese auf die verschiedenen Gruppen auf?



Wie entwickelten sich die von mir angefragten Zahlen im Vergleich mit 2013?

2) Kosten

Wie hoch belaufen sich die Kosten für den Einsatz vom 22. November?

Wie schlüsseln sich diese auf? Wieviel kosteten z.B. die „Hamburger Gitter“ oder der Hubschraubereinsatz?

Welche Kosten entstanden durch das Hinzuziehen der bayrischen Einsatzkräfte?

2) Einsatzkräfte

Wie viele Einsatzkräfte der Polizei begleiteten die Demonstration?

Wie viele davon waren in Zivilkleidung im Einsatz? Finden Sie den Einsatz von sogenannten „Zivis“ für legal und angemessen? Welchem Zweck sollen diese dienen? Wie lässt sich die Idee der Kennzeichnungspflicht mit dem Einsatz von Zivilpolizist_innen vereinbaren?

Wie viele Einsatzkräfte aus Rheinland-Pfalz, aus Bayern oder anderen Bundesländern waren im Einsatz?

Laut Teilnehmendenberichten trugen Teile der Rheinland-Pfälzischen Einsatzkräfte, anders als gesetzlich vorgeschrieben, keine Kennzeichnung. Wie erklären Sie sich das? Welche Möglichkeiten haben Teilnehmende von Demonstrationen um auf mangelnde Kennzeichnung hinzuweisen? Welche Disziplinarmaßnahmen sind bei nicht-Kennzeichnung vorgesehen?

3) Einsatzkräfte aus Bayern

Aus welchen Gründen wurden Einsatzkräfte aus Bayern eingesetzt?

Welche Beweggründe und Umstände führten dazu, dass ausgerechnet Einsatzkräfte aus Bayern und nicht aus den benachbarten Bundesländern hinzugezogen wurden?

Aus welchem Grund trug kein_e einzige_r Beamt_e_r aus Bayern eine Kennzeichnung?



Gilt die Kennzeichnungspflicht für Einsatzkräfte in Rheinland-Pfalz nur für die rheinland-pfälzischen Beamt_innen oder für alle in Rheinland-Pfalz eingesetzten Kräfte?

Sollte Ersteres der Fall sein: Widerspricht dies nicht Ihrem eigenen politischen Anspruch den Sie sich bei der Einführung der Kennzeichnungspflicht gegeben haben?

Sollte Zweiteres der Fall sein: Welche Konsequenzen werden Sie wegen dieser Gesetzesübertretung ziehen? Sind Disziplinarverfahren gegen die bayrischen Beamten geplant? Wird die Zusammenarbeit mit bayrischen Einsatzkräften bei Demonstrationen in Zukunft ausgeschlossen, sollten diese sich weigern eine Kennzeichnung zu tragen?

Bei vielen Demonstrierenden und auch bei mir kam das Gefühl auf, dass zum Schutz der Demonstrationen hauptsächlich rheinland-pfälzische Beamte zum Einsatz kamen und in kritischen Situationen, in denen die Polizei Gewalt anwendete hauptsächlich bayrische Polizisten zum Einsatz kamen. Gab es eine Einsatzstrategie in der die Rollen von rheinland-pfälzischen und bayrischen Einsatzkräften definiert wurden? Falls ja: Welche waren dies? Stand diese Strategie in einem Zusammenhang mit der Kennzeichnungspflicht?

4) Ausstattung der Einsatzkräfte

Wie beurteilen Sie die Verhältnismäßigkeit vom Einsatz von Pfefferspray gegen friedliche Demonstrierende am 22. November in Remagen?

Der Einsatz von Kameras ist laut meinem Kenntnisstand nur bei einer direkten Gefährdung der inneren Sicherheit legal, also nur dann wenn die Situation schon eskaliert. In Remagen wurden jedoch an zahlreichen Orten, weit ab von den demonstrierenden Faschist_innen, selbst kleinste Ansammlungen von Gegendemonstrierenden mit Teleskopkameras, Kamerawagen und Hubschrauber gefilmt. Als Demonstrierende hatte ich den Eindruck der Einsatz der Geräte hätte nicht zum Ziel Übersichtsaufnahmen aufzunehmen, sondern um Gesichter aufzuzeichnen. Des Weiteren wurden auch nach der Abreise der Faschist_innen noch massiv Kameras eingesetzt. Finden Sie den Einsatz von diesen Aufnahmegeräten für gesetzes- und verfassungskonform sowie angemessen? Wir beurteilen Sie



es moralisch, dass der Staat durch die Einschüchterung durch Kamerawagen indirekt das Demonstrationsrecht beschneidet?

Die Einsatzkräfte haben auch dieses Jahr Kampfhunde zum Einsatz mitgebracht. Diese wurden nur bei der Begleitung der Gegendemonstration eingesetzt. In meinen Augen birgt der Einsatz von Polizeihunden besonderes Gefährdungspotential, da die Tiere nie vollkommen berechenbar sind. Welchen Mehrwert versprechen Sie sich mit dem Einsatz von Kampfhunden? Welchem Zweck sollen die Hunde im Falle einer Eskalation dienen? Impliziert der Einsatz von Hunden in Ihren Augen nicht automatisch die Gefährdung der körperlichen Unversehrtheit der Demonstrierenden? Wie beurteilen Sie den Einsatz von Kampfhunden in Kontext des Tierschutzes?

5) Eskalation an der Fachhochschule

Welche Beweggründe hatte die Polizei bei der Stürmung der friedlichen Gegendemonstration?

Warum wurden die Demonstrierenden nicht auf die Stürmung hingewiesen?

Wie beurteilen Sie retrospektiv diese einseitige Gewalteskalation?

Welche Konsequenzen werden Sie wegen dieses Vorfalles ziehen?

6) Gewalt gegen Minderjährige

Haben Sie Kenntnis von Gewaltanwendung seitens der Polizei gegenüber von minderjährigen Gegendemonstrationsteilnehmenden?

Wie beurteilen Sie diese?

Gibt es Richtlinien für Einsatzkräfte zum Umgang der Polizei mit minderjährigen Demonstrationsteilnehmenden?

Wie beurteilen Sie die Anwendung von körperlicher Gewalt durch die Einsatzkräfte gegenüber Minderjährigen?

Durch die Zusammenarbeit mit den in der Landesregierung vertretenen Parteien bei antifaschistischen Initiativen in Trier, durch das gemeinsame Engagement vom Trierer Oberbürgermeister Klaus Jen-



Katrin Werner

Mitglied des Deutschen Bundestages

sen und mir im Verein "Für ein buntes Trier, gemeinsam gegen Rechts", weiß ich, dass Ihnen das Thema Antifaschismus am Herzen liegt. Des Weiteren ist mir bewusst, dass in den genannten Parteien das Thema Polizeigewalt kritisch diskutiert wird.

Durch den ständigen Dialog der antifaschistischen Kräfte und der Polizei in Trier konnten viele Kritikpunkte an den Einsätzen der Polizei beseitigt werden. Ich hatte den Eindruck, die Entwicklung geht, zwar in kleinen Schritten, in die richtige Richtung. Allgemein hatte ich am 22. November tatsächlich den Eindruck, dass die Polizei die Wahrnehmung der Demonstrationsfreiheit der Teilnehmenden der Gegenkundgebung absichtlich beschneiden wollte und auf der anderen Seite mit allen Mitteln das Demonstrationsrecht der Faschisten schützen wollte. Auf der Demonstrationsroute geparkte Einsatzfahrzeuge seien hierbei nur als das kurioseste Beispiel genannt.

Die Dramatik der Ereignisse rund um die Demonstrationen in Remagen am 22. November hat mich bedauerlicherweise überraschend stark vom Gegenteil überzeugt. Davon ausgehend, dass Sie die Ereignisse in gleicher Weise besorgniserregend finden, hoffe ich, dass Sie dazu beitragen werden, dass Konsequenzen aus dem Handeln der Einsatzkräfte gezogen und sich eine Eskalation der Polizeigewalt wie am 22. November nicht mehr in Rheinland-Pfalz wiederholt. Auch im Interesse der Polizei hoffe ich, dass Rheinland-Pfalz kein ähnliches Image bekommt wie unionsgeführte Bundesländer.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen Frau Dreyer, Herr Lewentz und Herr Prof. Dr. Robbers alles Gute und bitte um schnelle Beantwortung.

Mit freundlichen Grüßen

Katrin Werner

Mit freundlichen Grüßen

Katrin Werner, Mitglied des Deutschen Bundestages